

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jörg Leichtfried, Christian Drobits,

Genossinnen und Genossen

betreffend Medienfreiheits- und Transparenzpaket gegen Inseratenkorruption und Message-Control

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend „System Kurz“ – Missbrauch von Steuergeld zu persönlichen Zwecken und schwerwiegende Korruptionsvorwürfe“ in der 124. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am 12. Oktober 2021

Die Hausdurchsuchungen im Umkreis des Bundeskanzlers haben ein Sittenbild zutage gefördert, wie Sebastian Kurz Inserate und Medienkontakte dazu benutzt hat, um an die Macht zu kommen. Es braucht daher eine völlige Neuordnung der Inseratenvergabe auf Basis von Transparenz, klarer Vorgaben und Kontrolle. Dringenden Handlungsbedarf gibt es auch bei der Medienförderung, die weiterentwickelt und an die digitalen Entwicklungen angepasst werden muss. Das derzeitige System stammt noch aus dem Analogzeitalter. Die einzuschlagende Richtung ist dabei klar: Das Inseratenvolumen muss reduziert und die Medienförderung nach qualitativen Kriterien höher dotiert werden.

Zentrale Zielrichtung bei der Medienförderung muss die Unabhängigkeit der Medien, die Sicherung der Pressefreiheit und die Medienvielfalt in Österreich sein. Die Titel- und Medienvielfalt muss ausgebaut, publizistische Qualität, unabhängiger Journalismus und Meinungspluralismus unterstützt werden. Letztlich geht es um auch um Schaffung und Erhalt guter journalistischer Arbeitsplätze und die Sicherung des Medienstandortes. Dafür braucht es einen Fokus auf Innovation, förderungswürdig soll die journalistische Leistung sein, egal, ob ein Artikel digital oder analog erscheint. Eine zeitgemäße Medienförderung braucht einen modularen Aufbau und klare Kriterien, wie beispielsweise die Anzahl der beschäftigten Journalist*innen, faire Arbeitsbedingungen inkl. Einhaltung Kollektivvertrag, Mitgliedschaft im Presserat, keine Medienförderung für demokratiefeindliche Medien und Konsequenzen für gerichtliche Verurteilungen.

Bisher war die Regierung trotz Ankündigungen nicht imstande, Vorschläge für eine zeitgemäße Medienförderung und eine transparente Inseratenvergabe auf den Tisch zu legen. Durch die Hausdurchsuchungen und die in der Anordnung dazu ausgeführten Missstände wurde der Bundesregierung nun das Heft aus der Hand genommen. Die bisherige Inseratenpraxis ist angesichts des Missbrauchs für persönliche politische Machtinteressen in keiner Weise mehr darstellbar. Das, was Andy Kaltenbrunner in seiner Studie „Scheinbar transparent II“ als Fazit angeführt hat, muss dringend behoben werden.

„Fazit: Die Inseraten- und Förderpolitik von Österreichs Bundesregierung im Tageszeitungsmarkt ist in den vergangenen Jahren ideell und konzeptuell aus dem Ruder gelaufen. Aus Forschungssicht müssen wegen der sehr intransparenten, willkürlichen Inseratenvergabe der Bundesregierung „Bedenken hinsichtlich einer möglichen politischen

Einflussnahme“, wie sie von der EU-Kommission in ihrem „Rechtsstaatlichkeitsbericht“ zu Österreich formuliert wurden, geteilt werden.“ (Andy Kaltenbrunner 2021)¹

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

Entschließungsantrag

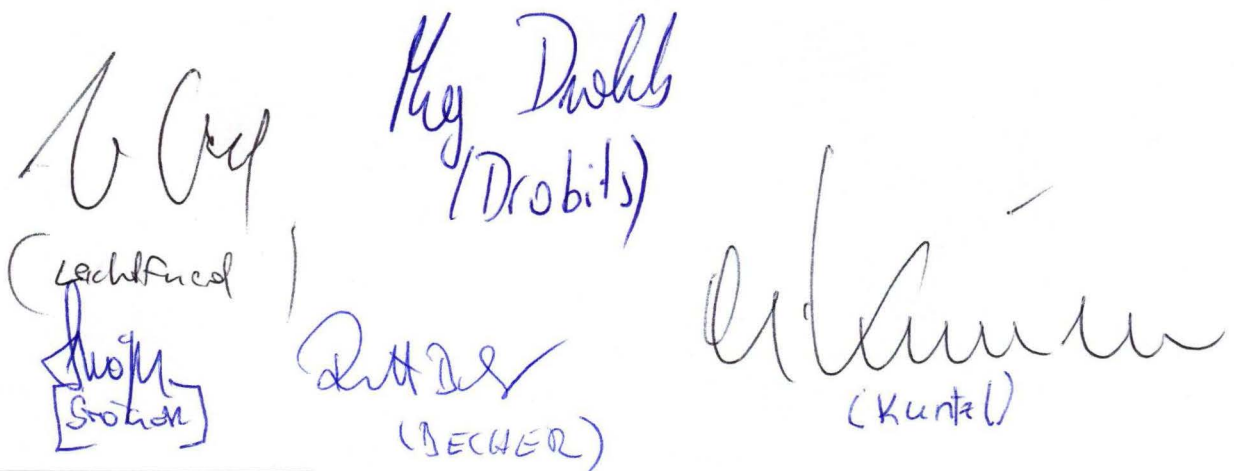
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat eine Regierungsvorlage zuzuleiten, die sowohl die Inseratenvergabe als auch das System der Medienförderung auf eine neue transparente Basis stellt:

Insbesondere braucht es:

- transparente, gesetzlichen Vorgaben und eine wirksame Kontrolle bei der Inseratenvergabe
- eine Neuorientierung der Medienförderung, die plattformunabhängig auf Medienfreiheit und Medienvielfalt ausgerichtet ist
- eine Reform des Medienkooperations- und -förderungs-Transparenzgesetzes
- einen raschen Beschluss des Informationsfreiheitsgesetzes

Zusätzlich wird die Bundesregierung aufgefordert, einen Konvent zur Medienfreiheit in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und Expert*innen einzuberufen, um auf breiter Basis Maßnahmen zur Sicherung der Pressefreiheit, Medienvielfalt und Transparenz sowie zeitgemäße Vorgaben für eine transparente Vergabe von Inseraten und eine modulare Presseförderung zu diskutieren. Ziel muss ein Gesamtpaket sein, das demokratische Kraft der Medien stärkt und Medienvielfalt und Unabhängigkeit garantiert.“



¹ Kaltenbrunner, Andy (2021): Scheinbar transparent II. Eine Analyse der Inserate der Bundesregierung in Österreichs Tageszeitungen und der Presse- und Rundfunkförderung im Pandemiejahr 2020, Studie Medienhaus Wien.

